



**LANDKREIS**  
**ERDING**

## **PROTOKOLL**

---

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@lra-  
ed.de

Erding, 22.11.2006  
Az.:

### **28. Sitzung des Bauausschusses am 20.11.2006**

#### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Bauschmid, Friedrich

Vertretung für Herrn Simon Grandinger

Becker, Manfred

Biller, Josef

Christofori, Erich

Hagl, Monika

Haindl, Sebastian

Hofstetter, Franz Josef

Mesner, Franz

Vertretung für Herrn Anton Schlehuber

Mock, Franz

Reiter, Wolfgang

Rübensaal, Siegfried

#### **sowie als Vorsitzender:**

Bayerstorfer, Martin

#### **von der Verwaltung:**

Wirth, Harald

Graßl, Reiner

Eixenberger Anton

Helfer Helmut

Dr. Hierl Wolfgang (zu TOP 1.1)

Unterreitmeier Johann

Gebel Hans-Peter  
Mayer, Elfriede (Protokoll)  
Centner, Christina

Weiter nehmen teil:  
Ing. Vogt vom Ing. Büro Vogt & Partner, Erding (zu TOP 1.1)



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## Tagesordnung

### **I. Öffentlicher Teil:**

1. Haushaltsberatung 2007  
Hochbaumaßnahmen und Bauunterhalt  
Vorlage: 2006/0051
  - 1.1. Schulen des Landkreises  
Anne-Frank-Gymnasium Erding  
Sanierung der Trinkwasserinstallation
2. Landratsamt Erding  
Sprossen an den neuen Fenstern der Zulassungsstelle (Nordfassade)  
Vorlage: 2006/0065
3. Bekanntgaben und Anfragen
  - 3.1. Schulen des Landkreises  
Gymnasium Erding - Anne-Frank-Gymnasium  
Stellplätze an der Zufahrt



I. **Öffentlicher Teil der Sitzung des Bauausschusses  
am 20.11.2006**

1. **Haushaltsberatung 2007;  
Hochbaumaßnahmen und Bauunterhalt  
Vorlage: 2006/0051**

Auf Wunsch des Vorsitzenden erläutert **Herr Graßl** die Gesamtzusammenstellung Bauunterhalt auf der Rückseite des Deckblattes - Verwaltungshaushalt 2007. Er erklärt die Anforderung für die einzelnen Baumaßnahmen und die im Haushalt 2007 eingeplanten Mittel. Insgesamt waren Anforderungen von 2.313.800 €. Diese Anforderungen seien aufgrund der schon stattgefundenen Besprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden auf 1.021.000 € gekürzt worden, dazu kommen 50.000 € Haushaltsausgabereste.

**Kreisrat Biller** fragt, ob es sich dabei um unberechtigte Anforderungen handelt.

**Der Vorsitzende** antwortet, eine Vielzahl der Maßnahmen wird in den nächsten Jahren wieder angefordert werden. Diese Maßnahmen seien zwar notwendig, aber in der Gesamtplanung und im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel derzeit nicht umzusetzen.

**Kreisrat Hofstetter** sieht es von Vorteil, wenn die Maßnahmen so in der Vorlage dargestellt werden. Die Bauausschussmitglieder sehen somit, welche Dinge noch anstehen.

**Der Vorsitzende** erklärt, die Anforderungen werden während des Jahres gesammelt, dann werden auch zusammen mit den Fraktionsvorsitzenden Prioritäten gesetzt, was unabdingbar dringlich sofort umgesetzt werden muss und haushaltsrechtlich möglich sei und was noch verschoben werden kann.

Weiter erklärt **Herr Graßl** die Hochbaumaßnahmen im Investitionsprogramm.

**Seite 53 – Neugestaltung Eingangshalle, Umbau Zulassungsstelle; Infopoint**

Er erklärt, der Umbau der Zulassungsstelle sei abgeschlossen. Bei HHSt. 9421 seien für den Umbau des Info-Points, den Windfang und den Wartebereich noch 35.000 € eingeplant.

**Seite 54 – Errichtung der Integrierten Leitstelle**

**Herr Graßl** merkt an, es liegen noch keine Kostenberechnungen vor. Es werden 2007 insgesamt 1.180.000 € (bei HHSt. 9423 für die Planung EDV-Einrichtung 40.000 €, bei HHSt. 9421 für Umbaukosten 400.000 €,

bei HHSt. 9350 für die EDV-Ausstattung 700.000 € und bei HHSt. 9422 für die Planung Umbau 40.000 €) eingeplant.



### **Seite 53 – Erweiterung Realschule Erding**

**Herr Graßl** verweist auf den noch zu erwartenden Zuschuss Art. 10 FAG von 124.000 €

**LANDKREIS  
ERDING**

**Der Vorsitzende** merkt an, nachdem die letzte Aufstockung erst 2002 durchgeführt worden ist, aber in der Zwischenzeit auch gemischte Klassen eingerichtet worden sind, zudem Schüler aus anderen Bereichen dort untergebracht werden und es auch eine 6-stufige Realschule gibt, haben diese Dinge beim Erweiterungsbau der Realschule nicht berücksichtigt werden können. Es gibt in der Zwischenzeit keine andere Lösung, als zusätzliche Klassencontainer aufzustellen.

Büro des Landrats  
BL

### **Seite 56 – Erweiterung Realschule Taufkirchen**

**Herr Graßl** erklärt, der Kauf des Rathauses (772.000 €) und der Umbau mit fünf Klassenzimmern (250.000 €) sei bereits realisiert worden. 2007 sei der Umbau im 1. OG geplant. 2008 werden die Restarbeiten ausgeführt. Für die gesamte Maßnahme seien 689.000 € geplant.

**Der Vorsitzende** berichtet, der Schulleiter Rektor Höhne hat sich bedankt und sich sehr zufrieden mit dieser Lösung gezeigt. Er sei zuversichtlich, dass der Platzbedarf in den nächsten Jahren gesichert sei. Es gibt sogar noch Möglichkeiten, dass zusätzliche Klassen gebildet werden könnten.

### **Seite 57 – Anne-Frank-Gymnasium Erding**

**Herr Graßl** weist darauf hin, für 2008 sei noch ein IZBB-Zuschuss von 33.000 € für die Einrichtung der Mittagsbetreuung und ein Zuschuss für die Einrichtung des G 8 von 3.300 € zu erwarten.

### **Seite 58 – Erweiterung Gymnasium Dorfen**

**Herr Graßl** berichtet, mit der Baumaßnahme werde heuer noch begonnen. Für 2007 seien bei HHSt. 9424 für den 1. Bauabschnitt der Erweiterung 1.200.000 €, bei HHSt. 9426 für den 2. Bauabschnitt, der Erweiterung Klassenräume 1.100.000 €, bei HHSt. 9428 für die Erneuerung der Heizungsanlage 170.000 € und bei HHSt. 9429 für den Anschluss an die Fernwärme 50.000 € eingeplant. Die Restabrechnungen werden 2008 erfolgen.

**Kreisrat Becker** möchte wissen, nachdem bei HHSt. 3600 1.052.000 € als IZBB und GB Zuschuss eingeplant sei, und immer wieder zu lesen sei, dass die IZBB-Mittel des Bundes schon aufgebraucht seien, ob diese noch zur Verfügung stehen.

**Der Vorsitzende** antwortet, die IZBB-Mittel, die noch von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt worden sind, seien bereits aufgebraucht. Jedoch habe der Freistaat Bayern diese Förderung zu den gleichen Sätzen übernommen.

**Kreisrat Becker** zeigt sich überrascht, weil diese Mittel vom Freistaat kurzfristig zur Verfügung gestellt und auch schon dementsprechende Zusagen gemacht worden sind.



**Der Vorsitzende** betont, das Ganze sei sehr dringlich gemacht worden. Unterstützend dabei sei auch, dass der Bereich der Mittagsbetreuung im UG und Erdgeschoß eingerichtet wird. Die Erweiterung der Klassenräume könne aber erst dann durchgeführt werden kann, wenn die Mittagsbetreuung eingerichtet sei. Er habe dazu auch ein Gespräch mit Ministerialdirektor Erhard geführt und die Dringlichkeit dargestellt. Die Fertigstellung sei zum Schuljahresbeginn 2007/2008 geplant.

### **Seite 59 – Neubau 3. Gymnasium Erding**

**Herr Graßl** verweist auf die noch zu erwartenden Zuschüsse: 2007 195.000 € Zuschuss IZBB/BG und 2008 Zuschüsse Art 10 FAG mit 1.145.000 € und Zuschuss IZBB/GB mit 505.000 €

### **Seite 60 - Erweiterung Berufsschule Erding (Gastro-Bereich)**

**Herr Graßl** verweist auf die bei HHSt. 9421 aufgeteilten Kaufraten.

### **Seite 61 – Berufliches Gymnasium FOS/BOS**

**Herr Graßl** verweist auf den Haushaltsansatz bei HHSt. 9321 mit 750.000 € für den Grunderwerb und bei HHSt. 9421 mit 750.000 € für einen Gebäudeneubau.

**Der Vorsitzende** berichtet, derzeit gibt es am neuen Gymnasium in Erding noch kein Problem mit der Unterbringung der Klassen. Die FOS/BOS habe aber einen hervorragenden Ruf und Zulauf, so dass derzeit nicht nur das Untergeschoss genutzt wird, sondern auch drei Klassenzimmer im Erdgeschoss, die aber dem Gymnasium zustehen.

Deshalb sei es wichtig, künftig durch einen Neubau für eine Entspannung zu sorgen. Die Grundstücksverhandlungen seien aber schwierig. Sollte der Erwerb des geplanten Grundstücks nicht möglich sein, müssen auch andere Standorte ins Auge gefasst werden.

### **Seite 62 – Bau Kreismusikschule/Leasingrate**

**Herr Graßl** verweist bei HHSt. 9379 auf die eingeplanten Leasingraten.

**Kreisrat Rübensaal** merkt zur Integrierten Leitstelle kritisch an, dass diese Einrichtung eine gigantische, klassische Fehlleistung der Politik sei, die der Landkreis zu vollziehen habe und wo viele Millionen ausgegeben werden. Jahrzehntlang habe diese Alarmierung die Polizeidirektion nebenbei mit gemacht. Das Ganze kostet viel Geld allein schon in der Ausbildung. Die Feuerwehrleute müssen zu Sanitätern ausgebildet werden und umgekehrt. Allein der Landkreis Erding gibt 2 Mio € nur für Baumaßnahmen aus. Obwohl überall vom Sparen geredet wird, werden solche Dinge erfunden und wahnsinnige Summen ausgegeben. Er hofft, dass vielleicht der Bund der Steuerzahler hier eingreift.

**Der Vorsitzende** erinnert, der Landkreis Erding sei im Rettungszweckverband und alle haben politisch diese Entscheidung getroffen.



**Kreisrat Rübensaal** stimmt dem zu, bevor der Landkreis dafür an Andere Leistungen zahlen muss, sei es richtig, das selbst zu machen. Deshalb habe er auch zugestimmt.

**Der Vorsitzende** merkt an, über diese Einrichtungen haben sich der Bund der Steuerzahler und auch die einzelnen Ministerien Gedanken gemacht, wie die Alarmierung verbessert werden könnte. Eine einheitliche Notrufnummer, sowohl für die Feuerwehr als auch für die Rettungsdienste, bringe qualitativ einen Vorteil.

Büro des Landrats  
BL

Er denkt, dass die Qualitätsverbesserung mit einer einheitlichen Notrufnummer und mit einer einheitlichen Alarmierungssystematik schon von Vorteil sein wird. Im Landkreis Erding sei der Vorteil vielleicht nicht ganz so deutlich zu sehen, wie in anderen Landkreisen, weil auf zwei hervorragende Einrichtungen aufgebaut werden kann. Die Alarmierungsstelle beim Roten Kreuz (Rettungsdienst) und die Polizeidirektion (Feuerwehrwesen) haben bisher hervorragende Arbeit geleistet. Kollegen aus anderen Landkreisen haben berichtet, dass es oft mit der Koordinierung nicht funktioniere.

**Kreisrat Hofstetter** berichtet beispielsweise von einem Fall aus Gebensbach, wo bei einem Herzinfarkt zwei Einsatzfahrzeuge, eines aus Niederbayern und eines aus Oberbayern gekommen seien. Hier sei eine Verbesserung schon wünschenswert.

**Der Vorsitzende** sagt, das Beispiel sei gut. Die Ortschaft Gebensbach gehört zur Gemeinde Taufkirchen, der Rettungsdienst aber zu Velden/Vils. Genau hier sei die Thematik, welche Vorwahl gewählt wird. Künftig wird bei der Integrierten Leitstelle der Notruf aufgrund der Vorwahl weitergeleitet und dann nur der zuständige Rettungsdienst verständigt.

Daraufhin bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

BauA/0218-08

Der Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2007, das Investitionsprogramm und der Finanzplan für den Bereich der Hochbaumaßnahmen und des Bauunterhalts für die kreiseigenen Gebäude werden unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderung genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

### 1.1. Schulen des Landkreises Anne-Frank-Gymnasium Erding Sanierung der Trinkwasserinstallation

**Der Vorsitzende** erklärt, ergänzend sei eine mögliche Sanierung einer Trinkwasserinstallation am Anne-Frank-Gymnasium zu behandeln. Hierzu sei aufgrund der Aktualität keine Vorlage versandt worden.

Diese Thematik sei schwierig einzuplanen. Er bittet den Abteilungsleiter der Abt. 5, Herr Dr. Hierl, um Erklärung des Sachstandes.

Der Vorsitzende merkt noch an, nach den Ferien seien Trinkwasserproben entnommen worden. Die Ergebnisse zeigen deutliche Überschreitungen bei den Grenzwerten. Es steht fest, dass die Überschreitungen zu keinen akuten Schäden führen. Das Ganze könne aber kein Dauerzustand bleiben.

Die Schulleitung sei informiert worden, dass kein Trinkwasser aus den Leitungen entnommen werden dürfe.

Als Sofortmaßnahme sei geplant, mehrere Trinkwasserspender aufzustellen, die entweder mit Wasser aus den umliegenden Gebäuden oder mit Mineralwasser befüllt werden.

**Dr. Hierl** erklärt, im Rahmen eines Sonderuntersuchungsprogramms des Bayer. Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit seien im Herbst dieses Jahres am Anne-Frank-Gymnasium Proben bei leitungsgebundenen Trinkwasserspendern entnommen worden. Es wurden dabei Spuren von Kupfer und Nickel gefunden. Das LGL habe gebeten, zusätzliche Proben zu entnehmen. Diese zeigten bei den Wasserspendern eine Überschreitung des Grenzwertes nach der Trinkwasserverordnung von Nickel und Spuren von Kupfer im Bereich des Wasserspender und in der Hausinstallation eine Grenzwertüberschreitung für Cadmium, einen Wert im Bereich des Grenzwertes für Blei, wobei Spuren von Kupfer im Stagnationswasser festgestellt worden sind. Stagnationswasser ist das Wasser, das über längere Zeit in der Leitung verbleibt.

Daraufhin wurden weitere Proben entnommen, die auch Überschreitungen zeigten. Die Frischwasserproben liegen im Normalbereich.

Es gibt die Möglichkeit, dass diese Überschreitung des Grenzwertes entweder durch die Leitungen oder die Armaturen verursacht werden, deren Legierung diese Metalle absondern. Deshalb seien im Oktober nochmals Proben aus den Eckventilen entnommen worden, die besonders hohe Werte gezeigt haben, in der Hoffnung, dass diese in Ordnung seien. Es war aber das Gegenteil der Fall. Die Grenzwerte für Blei, Cadmium und Nickel waren in der Stagnationsprobe überschritten, so dass vermutet wird, dass der Ort für die Schadstoffe im Leitungsnetz liegt. Ob der Ort im Alt- oder Neubau liege, ob nur einzelne Teile des Leitungsnetzes oder das ganze Leitungsnetz davon betroffen seien, kann noch nicht gesagt werden.



In den 50er Jahren wurden Rohre teilweise auch verzinkt und es besteht die Möglichkeit, dass diese Metalle in der Legierung enthalten seien und sich in der Stagnation lösen.

Es besteht keine Gefahr für akut toxische Erscheinungen. Nur bei Nickel gibt es die Möglichkeit durch das Auslösen von Allergien.

Es sei aber nicht auszuschließen, wenn über Jahre (Kinder seien nicht so lange auf dem Gymnasium) größere Mengen von Trinkwasser konsumiert würden, dass sich dann chronische und organische Schädigungen einstellen. Die Möglichkeit sei aber sehr gering. Nach der Trinkwasserverordnung müsse am Zapfhahn das Trinkwasser die Qualität nach der Trinkwasserverordnung haben.

**Der Vorsitzende** ergänzt, das Ing.Büro Vogt & Partner, Erding sei beauftragt worden, vor Ort das Ganze zu prüfen. Eine Sanierung muss durchgeführt werden. Nach den ersten Schätzungen werde dafür eine große Summe notwendig. Wie das Ganze finanziert werden soll, steht noch nicht fest.

**Dr. Hierl** kann sich vorstellen, zunächst schrittweise einzelne Abschnitte zu prüfen, um vielleicht um eine Totalsanierung herumzukommen.

**Kreisrat Rübensaal** fragt, ob es nicht ausreicht, wenn nur eine Trinkwasserleitung im Haus sich befindet und alles andere nur als Brauchwasser genutzt wird. Kreisrat Rübensaal befürchtet, dass auch in den anderen landkreiseigenen Schulen, ähnlich der Elektrosanierung, das festgestellt wird.

**Der Vorsitzende** gibt zu bedenken, dass sich im Gymnasium Kinder ab der 5. Klasse aufhalten. Es gibt eine Trinkwasserverordnung, die einzuhalten sei. Es kann nicht von Privatleuten verlangt werden, dass sie diese Verordnung einzuhalten haben und in öffentlichen Bereichen werde diese ignoriert.

Er denkt, dass Ganze könnte in Bauabschnitte aufgeteilt werden, wenn Dr. Hierl als Leiter des Staatlichen Gesundheitsamtes dies so bestätigt und vertreten kann.

**Dr. Hierl** merkt an, die Trinkwasserqualität muss am Zapfhahn eingehalten werden. Aus dem Zapfhahn muss Trinkwasser mit Trinkwasserqualität kommen.

**Ing. Vogt** erklärt, sein Büro habe letzte Woche die Bestandspläne bekommen und eine Bestandaufnahme durchgeführt. Das Ganze habe er in drei Bauabschnitte aufgeteilt. Im Neubau seien die größten Belastungen zu finden. Er schlägt deshalb vor, ab der Hauseinspeisung bis zum Neubau eine neue Leitung zu verlegen. Im Neubau gibt es eine Zentrale, von der aus die Klassenzimmer versorgt werden. Dieser Teil macht ca. 1/3 aus. Zwei Drittel entfallen auf den Altbau. Das Ganze habe er gut gerechnet, weil der Verlauf der Leitungen nicht bekannt sei und kaum noch alte Pläne vorliegen.



In den Kosten seien die Leitungen enthalten und auch die Urinalen, die erneuert werden müssten.

**Kreisrat Mesner** fragt, ob das Wasser vom Altbau zum Neubau kommt. Er denkt, wenn im Altbau der Schaden auftritt, würde es im Neubau zu keine Trinkwasserbelastungen kommen.

**Der Vorsitzende** antwortet ja, deshalb wäre als erste Maßnahme die Direktleitung von der Hausinstallation bis zum Neubau neu zu verlegen. Vielleicht könnte damit das Problem schon beseitigt werden.

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Reiter** kann sich eine Belastung mit Blei in der Leitung zwar vorstellen, weil das in alten Rohren vorhanden war, aber wie Cadmium dort hinkommt, sei für ihn nicht verständlich.

**Dr. Hierl** antwortet, in diesen Legierungen waren Blei, Cadmium und auch andere Schadstoffe enthalten.

**Der Vorsitzende** ergänzt, das bedeutet nicht, dass die Sanierung in einem Stück gemacht werden muss. Einerseits sollte jedoch schon zügig vorangegangen werden, andererseits sei es nicht einsichtig, alles auszuwechseln und trotzdem gibt es keine Verbesserung.

**Ing. Vogt** schlägt vor, als erste Maßnahme einzelne Stücke der Leitung zu entnehmen und zu untersuchen.

**Der Vorsitzende** fragt, welcher Betrag für die Sanierung im Haushalt bereitgestellt werden müsse.

**Ing. Vogt** meint, ob die erste Maßnahme komplett durchgeführt werden muss, sei fraglich und noch zu prüfen.

**Kreisrat Rübensaal** fragt, ob geprüft worden sei, ob in der Nachbarschaft des Gymnasiums das Trinkwasser in Ordnung sei und ob mit Filter gearbeitet werden könnte.

**Dr. Hierl** antwortet, vor und nach der Wasseruhr seien noch keine Schadstoffwerte vorhanden.

**Ing. Vogt** ergänzt, das Einsetzen von Filtern sei schwierig, sie müssten bei jeder Zapfstelle eingebaut werden. Zudem sei im Altbau noch eine Feuerlöschleitung angehängt, die nicht mehr den heutigen Verordnungen entspricht. Die höchsten Schadstoffwerte seien im Neubau gemessen worden.

**Kreisrat Mock** meint, wenn das Wasser sauber in das Haus kommt, drängt sich der Verdacht auf, dass sich die Schadstoffe im Absperrventil bilden. Er hält den Vorschlag vernünftig, schrittweise vorzugehen und das Ganze zu untersuchen.

**Der Vorsitzende** erklärt, Stagnationswasser gibt es bei Neuinstallationen nicht mehr, es dürfen nur noch geschlossene Wasserkreisläufe eingebaut werden. Deshalb sollte schon gleich eine richtige Lösung gefunden werden.



**Kreisrat Becker** betont, es besteht dringender Handlungsbedarf. Er hält es auch für richtig, dass als Sofortmaßnahme Wasserspender aufgestellt werden, die nicht mit Wasser aus der Wasserleitung befüllt werden. Er denkt, es sei notwendig, einen Teilbetrag von ca. 170.000 € in den Haushalt 2007 einzusetzen, damit die Fachleute stufenweise mit den Untersuchungen beginnen können. Es stellt sich dann weiter die Frage, welcher Betrag zudem vielleicht notwendig wird.

**Der Vorsitzende** ergänzt, der Vorschlag sei, von den 671.000 € plus Honorarkosten 176.000 € plus Nebenkosten für 2007 zu veranschlagen.

**Ing. Vogt** meint, für den 1. und 2. Bauabschnitt müssen die Nebenkosten noch separat ermittelt werden.

**Der Vorsitzende** fragt Ing. Vogt, welche Bruttokosten einschließlich Honorar und der bauseitigen Leistungen geschätzt werden.

*Nach eingehender Diskussion zeigen sich die Bauausschussmitglieder damit einverstanden, 2007 für die Sanierung 250.000 € einzusetzen, mit der Maßgabe, entsprechend weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn die Untersuchungsergebnisse dies erfordern. Er schlägt vor, bis zu den Haushaltsberatungen zu berichten, welche Erkenntnisse bereits vorliegen.*

**Kreisrat Rübensaal** fragt, ob heute davon ausgegangen werden kann, dass die anderen landkreiseigenen Schulen dieses Problem nicht haben.

**Der Vorsitzende** geht davon aus, dass beim Bau des neuen Gymnasiums die technischen Richtlinien berücksichtigt worden sind und dieses Problem dort nicht vorhanden sei. Er fragt Dr. Hierl, ob auch Proben bei anderen Schulen genommen worden sind.

**Dr. Hierl** ergänzt, dieses Sonderuntersuchungsprogramm sei aufgrund der Aufstellung von Trinkwasserspendern vorgenommen worden. Es gibt bisher noch keine Vollzugshinweise, dass sämtliche öffentliche Gebäude beprobt werden müssen.

**Kreisrat Becker** stellt fest, wenn keine Trinkwasserspender aufgestellt worden wären, hätten keine Proben entnommen werden müssen.

**Der Vorsitzende** betont, die Schadstoffbelastung sei aber nun festgestellt worden. Der Landkreis habe für eine Beseitigung des Problems zu sorgen.

Daraufhin bringt er folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

BauA/0219-08

Im Haushaltsentwurf 2007 werden für die Sanierung der Trinkwasserinstallation am Anne-Frank-Gymnasium Erding 250.000 € eingeplant mit der Maßgabe, den Betrag aufzustocken, wenn sich weiterhin entsprechende negative Untersuchungsergebnisse zeigen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

2. **Landratsamt Erding**  
**Sprossen an den neuen Fenstern der Zulassungsstelle (Nordfassade)**  
**Vorlage: 2006/0065**



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Auf Wunsch des Vorsitzenden erklärt **Herr Graßl** die versandte Vorlage. Er ergänzt, von Seiten der Kreisräte sei der Wunsch geäußert worden, nachträglich Sprossen an den neuen Fenstern an der Nordfassade der Zulassungsstelle nach dem Umbau anzubringen.

Dies sei auch dem Architektenbüro Heilmaier mitgeteilt worden. Die beiden Antwortschreiben seien an die Bauausschussmitglieder versandt worden. Architekt Heilmaier schlägt vor, aufklebbare Sprossen anzubringen. Dabei gibt es drei verschiedene Varianten. Eine zusätzliche Variante - Ansicht von Norden – sei in die Mappen der Bauausschussmitglieder verteilt worden.

**Herr Graßl** berichtet, Architekt Heilmaier habe sich heute wegen Krankheit entschuldigen lassen.

**Kreisrat Mesner übernimmt kurz den Vorsitz.**

**Kreisrat Becker** merkt an, auch er empfindet, dass die Fassade des Landratsamtes durch die eingebauten Fenster „verschandelt“ worden sei und den „Negativfassadenpreis“ bekommen sollte. Der ganze Landratsamtssanierungsbau und die Sparkasse sei mit versprossenen Fenstern versehen.

Auch der frühere Kreisbaumeister Wilsdorff habe bei einem Besuch den Landrat gefragt, was mit dieser Fassade gemacht worden sei. Der frühere Landrat Zehetmair, unter dessen Amtszeit dieses Gebäude entstanden ist, habe mitgeteilt, dass er das für eine „grobe Verschandelung“ hält, auch Kreisräte und Bürger haben das festgestellt.

Kreisrat Becker stellt fest, dass sich der Architekt nicht an den Tekturplan gehalten habe, in dem Sprossen eingezeichnet seien. Er meint, zumindest die drei hinteren Fenster sollten mit Sprossen versehen werden. Er schlägt vor, das Ganze zurückzustellen, bis der Architekt wieder gesund sei.

**Der Vorsitzende übernimmt wieder den Vorsitz.**

**Kreisrat Reiter** interessiert, was eine Nachrüstung kosten würde. Er habe mit der Ansicht der Fassade kein so großes Problem, weil seiner Meinung im unteren Teil ein Bruch der gesamten Linie vorliegt. Ihm persönlich sei es egal, ob Sprossen an den Fenstern seien oder nicht, weil das Ganze von der Ansicht her sowieso uneinheitlich sei. Wenn ein Nachrüsten sehr teuer sei, sieht er darin keinen Sinn.

**Der Vorsitzende** ergänzt, die hinteren Fenster seien in der Vorlagenskizze nicht entsprechend dargestellt worden. Die versandte Zeichnung stimmt nicht. Zumindest bei den drei großen Fensterscheiben hinten sollte eine Sprossenteilung erfolgen, weil das kleine Fenster ganz hinten bereits un

terteilt sei. Der „Wintergartenbereich“ vorne könnte als eigenes Fassadenelement gelten.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Rübensaal** merkt an, diese seelenlosen Fenster waren im Plan nicht eingezeichnet. Wenn die Bauausschussmitglieder das schon früher gesehen hätten, wäre dem so nicht zugestimmt worden. Er denkt, nachdem das Landratsamt auch ein Aushängeschild sei, sollten diese Fenster schon nachgerüstet werden. Für denjenigen, der ein bisschen Geschmack hat, machen diese Fenster einen fürchterlichen Eindruck.

**Kreisrat Mesner** unterstützt den Vorschlag des Vorsitzenden, der das Gesamtbild positiv verändern würde.

**Kreisrat Haindl** meint, über Fassaden könne man streiten. Für ihn sei es auch nicht verständlich, warum keine Sprossenfenster eingebaut worden sind. Auch sein Vorschlag wäre, die drei großen hinteren Fenster mit Sprossen nachzurüsten. Es müsste aber noch geprüft werden, welche Kosten dafür anfallen, denn bei Alufenstern müssten auch Alusprossen aufgeklebt werden.

**Der Vorsitzende** denkt, es sollte mit dem Architekten gesprochen werden, was er bereit sei, von seinem Honorar dafür zu opfern.

**Kreisrat Hofstetter** meint, es stellt sich die Frage, ob ein Anderer noch zu Rate gezogen werden sollte oder ob es Sinn macht, nochmals mit dem Architekten zu sprechen.

**Herr Graßl** antwortet, Architekt Heilmaier habe im zweiten Schreiben angeboten, eine Änderung vorzunehmen.

**Kreisrätin Hagl** meint, mit dem Architekten sollte schon ein ernstes Wort gesprochen werden, der Schriftverkehr war ihrer Meinung nach nicht ganz freundlich und er steht in der Verantwortung. Auch über die Kosten müsse gesprochen werden. Im Endeffekt habe der Architekt daran Schuld.

Nach eingehender Diskussion bringt **der Vorsitzende** aufgrund der vorherrschenden Meinung der Bauausschussmitglieder folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

BauA/0220-08

Die Fenster im westlichen Teil des Gebäudes (Zulassungsstelle) sollen durch Sprossen gegliedert werden. Der Architekt soll dazu einen Gestaltungs- und Kostenvorschlag vorlegen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 1 Stimmen.**  
(Gegenstimme KR Reiter)



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

3. **Bekanntgaben und Anfragen**  
3.1. **Schulen des Landkreises**  
**Gymnasium Erding - Anne-Frank-Gymnasium**  
**Stellplätze an der Zufahrt**

**Der Vorsitzende** erinnert an die Diskussion über die Stellplatzsituation am Anne-Frank-Gymnasium. Es war die Anregung, die Stellplätze zu erweitern, weil dringender Bedarf besteht.

In der Zwischenzeit sei eine ganz andere Regelung vorgenommen worden. Die Stadt Erding habe nun bereits gehandelt und die Zufahrten, die zur Beeinträchtigung des Baumbestandes geführt haben, entsprechend abgegrenzt.

Auf Anfrage haben sowohl Pfarrer Föckersberger, der Schulleiter der Mädchenrealschule und der Schulleiter des Anne-Frank-Gymnasiums sich mit der jetzigen Stellplatzsituation zufrieden erklärt und dies auch schriftlich erklärt. Es sollte an der jetzigen Situation nichts mehr geändert werden.

Demnach besteht kein weiterer Handlungsbedarf, das Problem sei somit erledigt.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Bauausschusses um 15:45 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Elfriede Mayer  
Verwaltungsangestellte